

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Martin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren.

Der uns vorliegende Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2011 weist mit einem Volumen von ca. 37 Millionen Euro im Verwaltungshaushalt und 6,2 Millionen Euro im Vermögenshaushalt, gesamt also ca. 43 Millionen, eigentlich keine Besonderheiten auf. Er unterscheidet sich damit kaum von den Haushaltsplänen der früheren Jahre.

Aber nach zwei mageren Jahren mit einer negativen Zuführungsrate vom Vermögens- in den Verwaltungshaushalt, welche in erster Linie der Weltwirtschaftskrise geschuldet war, ist es der Verwaltung erstmals wieder gelungen einen Haushaltsplan vorzulegen, der eine positive Zuführungsrate aufweist.

Der wirtschaftliche Aufschwung und die damit verbundenen höheren Gewerbesteuererinnahmen haben die Kämmerei in die Lage versetzt, einen Haushalt ohne zusätzliche Kreditaufnahme zu präsentieren. Dies ist ein Silberstreif am Horizont, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Man hat auch bewusst im kommenden Jahr auf zusätzliche schuldenwirksame Investitionen verzichtet, die ohne weitere Kreditaufnahme nicht finanzierbar gewesen wären. Ich denke insbesondere an die weitere Sanierung des Hohenstaufen Gymnasiums mit den Bauteilen B und C.

Das Jahr 2011 soll ein Jahr der Konsolidierung sein, denn in den beiden folgenden Jahren sind weitere Kreditaufnahmen für dringend notwendige Investitionen geplant, in Höhe von jeweils 4,5 Millionen Euro, die natürlich unsere jetzt schon exorbitant hohe Pro-Kopf-Verschuldung weiter in die Höhe treiben wird.

Es wird aber unumgänglich sein, möchte man alle anstehenden, dringend notwendigen und wünschenswerten positiven Veränderungen für Eberbach durchführen, welche da beispielhaft wären:

- Sanierungsgebiet Güterbahnhofstrasse mit der Neuordnung der Service – und Hilfsorganisationen, wie Stadtwerke, Feuerwehr, DRK oder THW
- Neuordnung des Sportgebietes in der Au.
- Neubau der Steigesporthalle mit der damit einhergehenden Umstrukturierung des gesamten Steigeschulzentrums
- Sanierung des HSG
- und vieles mehr.

Diese Investitionen sind zum Teil unabdingbar und zum Teil wünschenswert, aber sie müssen alle finanziert werden. Die entscheidende Frage ist nur wie. Irgendwann wird uns möglicherweise bei neuerlichen Kreditaufnahmen die kommunale Rechtsaufsicht unseren Haushalt nicht mehr genehmigen.

Das heißt wir stecken jetzt schon in einer finanziell schwierigen Situation und sie wird möglicherweise noch heftiger werden.

Die Verwaltung in Verbindung mit dem Gemeinderat ist im Augenblick auf der Suche nach alternativen Finanzierungsmodellen.

Das vom Wirtschaftsministerium empfohlene Modell ÖPP (öffentliche private Partnerschaften) soll das neue Zauberwort sein.

Es geht dabei kurz gesagt um die Übernahme der eventuell notwendigen Investitionen in öffentliche Gebäuden und die nachfolgende Bewirtschaftung über einen längeren Zeitraum durch ein privates Wirtschaftsunternehmen. Die Leistungen der öffentlichen Haushalte beschränken sich dabei auf die jährliche Zahlung einer Art Leasingrate. Dabei bleiben die Immobilien weiterhin im Besitz der Kommune.

Dies ist auf den ersten Blick sicherlich eine Variante, über die es sich nachzudenken lohnt. Die öffentlichen Haushalte werden nicht durch hohe Kreditaufnahmen überaus stark belastet, die Zahlungen verteilen sich auf die Jahre der Laufzeit. Dies hört sich alles zuerst mal gut an.

Klar ist aber auch, dass die jährliche Rate neben den Kosten für die Investitionen und die Bewirtschaftung auch einen Gewinnanteil beinhaltet. Man muss also sicherlich über die gesamte Laufzeit mehr finanzielle Mittel aufwenden als bei einer konventionellen Finanzierung.

Des Weiteren sehen wir auch in der Bewirtschaftung von z.B. Schulen ein erhöhtes Konfliktpotenzial bei Sach- und Personalfragen

Wie bereits ausgeführt ist die Verwaltung und der Gemeinderat momentan noch in der Sondierungsphase und man ist sich dort auch einig, dass man bei diesem Thema ausgesprochen umsichtig und verantwortungsbewusst entscheiden muss, da auch aus der Literatur und der Journaille häufig ausgesprochen negative Beispiele zum genannten Finanzierungsmodell bekannt sind. (beispielsweise das Projekt Toll-Collect, der Lübecker Autobahntunnel, das Schwimmbad in Leimen und vieles mehr.)

Aber woher kommt unserer andauernder schwacher finanzieller Hintergrund?

Eberbach ist im Gegensatz zu Mosbach oder Sinsheim kein anerkanntes aber faktisch doch existierendes Mittelzentrum. Wir haben hier alle mittelzentrumsrelevanten Einrichtungen wie sämtliche Schularten, Kindergärten, Volkshochschule; Musikschule, alle Hilfsorganisationen, eigener Busverkehr, eigene Wasserversorgung mit eigener Quelfassung, Schwimmbäder um nur einige zu nennen. Alles gesellschaftlich und sozial, wichtige und nötige sogenannte weiche Standortfaktoren.

Aber alles auch sehr kostenintensive und zum Teil hochdefizitäre Sparten.

Hätte man nun Industrieansiedlungen im großen Stil, wäre dies sicherlich auch weniger ein Problem. Aber genau da geht das Gleichgewicht verloren.

Durch unsere topographische und geographische Lage fehlen uns hier die erforderlichen Möglichkeiten. Ist es für den Tourismus und die Wohnqualität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt von Vorteil, setzt es uns doch auf dem industriellen Gebiet klare Grenzen. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Wir werden immer zusammen mit der Verwaltung gefordert sein, durch Innovation und Augenmaß diese Gradwanderung zu bewerkstelligen.

Dabei wird es auch unumgänglich sein, einige liebgewordene, freiwillige Leistungen auf den Prüfstand zu stellen.

Ich möchte hier keine Beispiele nennen. Dies würde möglicherweise dazu führen, dass man an den Beispielen eine wie auch immer aufgefasste Prioritätenliste erkennen könnte. Ich möchte hier nur nochmals ausdrücklich bekräftigen, dass alle Leistungen auf den Prüfstand gestellt und auf ihre weitere Machbarkeit und Notwendigkeit untersucht werden müssen.

Doch nun zurück zum Haushalt 2011.

Die Verwaltung hat zur Haushaltskonsolidierung die Zuwendungen aller budgetierten Haushaltsstellen um 10 % gekürzt. Eine Entscheidung, die die SPD- Fraktion als gut und richtig erachtet. Dies auch auf dem Hintergrund unseres ähnlichen, aber etwas differenzierteren Antrages zum Haushalt 2010, der aber damals interessanterweise mit dem Argument des nicht erwünschten Rasenmäherprinzips abgelehnt wurde.

Wichtige Entscheidungen prägen das Jahr 2011.

- Die Entscheidung über die weitere Beteiligung am Kohlekraftwerk in Brunsbüttel
- Die weitere energetische Sanierung der Werkrealschule
- der Neubau der Sporthalle im Steigeschulzentrum
- die Vermarktung des Grundstücks in der Brückenstrasse
- wichtige strukturelle Weichenstellungen im Sanierungsgebiet Güterbahnhofstrasse
- Weiterentwicklung des Einzelhandelskonzeptes der Immakom, mit den Vorschlägen der Arbeits- oder Projektgruppen über innerstädtische Veränderungen, wie beispielsweise den Altstadtring oder vieles mehr.
- die Antwort auf die finanzpolitische Alternative ÖPP ja oder nein.

Zum Thema Brunsbüttel haben sich im vergangenen Jahr einige entscheidungsrelevante Parameter grundlegend geändert. Zum einen wurde durch die Bundesregierung die Laufzeiten der AKW's verlängert, aber was für uns noch

wichtiger erscheint: es wurde zweitens festgelegt, dass bis zum Jahr 2050 80% der eingespeisten Strommenge aus erneuerbaren Energien rekrutiert werden müssen.

Ob dies gelingt, sei hier mal dahingestellt. Wichtig ist dabei nur, dass Kraftwerksneubauten unter dieser Prämisse keinen Sinn mehr machen, somit auch Brunsbüttel. Die SPD –Fraktion war bei der ersten Beteiligungsentscheidung gespalten in ihrer Meinung. Dies hat sich geändert, so dass man nun geschlossen die Beteiligung am Kraftwerk Brunsbüttel als nicht mehr zeitgemäß und sinnvoll ansieht und deshalb ablehnt.

Die anderen Punkte möchte ich nur stichpunktartig beleuchten.

Die Sanierung der Werkrealschule ist überfällig und nicht zurückzustellen. Diese Maßnahme ist durch die Umschichtung der Fördermittel auch finanziell realisierbar.

Den Neubau der Steigesporthalle im Steigeschulzentrum allerdings sollte man bis nach der Entscheidung, ob ÖPP ein Finanzierungsmodell für Eberbach sein kann oder nicht, zurückstellen. Wir alle wissen, dass der Neubau dringend erforderlich, aber allein im Augenblick für uns nicht finanzierbar ist.

Der Umbau des Hartplatzes in einen Kunstrasenplatz in der Au wird uns heute mit einem eigenen Tagesordnungspunkt noch im Laufe der Sitzung beschäftigen. Ich möchte jetzt nichts vorwegnehmen und äußere mich dazu zu gegebener Zeit.

Wir sehen weiterhin den Preisträgerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs als einzige Grundlage für die weitere Entwicklung des Grundstücks in der Brückenstrasse. Ein Lebensmittelgroßmarkt an dieser exponierten Stelle Eberbachs, wie es von Teilen dieses Gremiums gefordert wird, ist mit der SPD-Fraktion nicht zu machen.

Für die Güterbahnhofstrasse haben wir schon sehr interessante und auch umsetzbare Alternativen vorgestellt bekommen. Sie sind für sich allein alle umsetzbar und haben jeweils ihre Vor- bzw. Nachteile. Hier gilt es, mit allen Beteiligten den praktikabelsten Weg einzuschlagen.

Zum Einzelhandelskonzept und hier in erster Linie zum vorgeschlagenen Weg des Altstadtrings haben wir uns in der letzten Gemeinderatssitzung dezidiert geäußert. Ich möchte hier nicht nochmals alles wiedergeben, nur Eines darf ich noch anfügen: Wie auch für die Kolleginnen und Kollegen der AGL ist für uns die große Gefahr des verstärkten Verkehrs in der Bahnhofstrasse Ost das Problem.

Am Dienstag, dem 15.02.2011 war unter der Überschrift : „Viel Blech in der Fußgängerzone ; Mannheimer Einzelhändler beklagen zunehmenden Verkehr auf den Planken.“ ein Artikel über das Thema Fußgängerzone zu lesen. In diesem Artikel äußert sich der Geschäftsführer des Einzelhandelsverbandes Nordbaden wie folgt. Ich zitiere: „ Das – damit meint er das Parken - mindert die Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone .Dabei ist die verkehrsfreie Einkaufszone ein wichtiger Baustein des Einkaufserlebnisses.“ Zitatende.

Nach vielen persönlichen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt , also den eigentlichen Kunden der Einzelhändler, was man nie vergessen darf, werfe ich bewusst das Thema Fußgängerzone in der Bahnhofstrasse wieder auf, denn die Effektivität des Eberbacher Altstadtrings erschließt sich uns nicht unbedingt.

Wir schlagen deshalb vor, zu überlegen, ob an dieser Stelle eine irgendwie geartete Bürgerbeteiligung angebracht wäre und werden sicherlich zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.

Ich möchte nun zum Schluss noch einige Sätze zu unserem zurückgestellten Antrag bezüglich des Rückeschleppers im Forsthaushalt sagen.

So wie es auch andere budgetierte Haushaltsstellen praktizieren, spart man in finanziell einfacheren Jahren, um zu gegebener Zeit Investitionen zu tätigen, die aus dem laufenden Haushaltsbudget so nicht zu realisieren wären.

Im Forsthaushalt stehen ebenso aus den Vorjahren Mittel zur Verfügung, die so in den folgenden Jahren in der angegebenen Haushaltsstelle nicht eingesetzt werden. Deshalb glauben wir weiterhin, dass die Finanzierung des Kostenanteils von 180.000,- € aus der Budgetübertragung zu finanzieren ist. Dies würde dann den städtischen Haushalt genau um diesen Betrag verbessern und dies wäre in der bis hier her geschilderten finanziellen Situation ein Segen für die Stadt.

Ich weise nochmals ausdrücklich darauf hin, dass wir das Forstbudget nicht noch weiter kürzen wollen und sollte sich im Laufe des Jahres 2011 für die Forstverwaltung finanzielle Engpässe auftun, wäre sicherlich eine weitere teilweise Verfügung der eingesparten Mittel denkbar. Aber wie in der letzten Sitzung besprochen, werden wir diese Entscheidung auch in Anwesenheit des Herrn Riedel diskutieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie anfangs ausgeführt werden wir auch in den nächsten Jahren, wenn sich nicht neue Einnahmen oder alternative Finanzierungsmodelle zeigen, den Mangel verwalten müssen. Dies sind keine rosigen Aussichten.

Aber die Gradwanderung zwischen unbedingt erforderlich und wünschenswert wird uns weiterhin beschäftigen und fordert uns zu Diskussionen und Kompromissen heraus.

Dazu wünsche ich der Verwaltung uns und stets eine glückliche Hand und einen breiten Rücken, der uns die zu erwartenden Schläge, die unweigerlich kommen werden, gemeinsam aushalten lässt. Bei allen wohlüberlegten und für uns richtigen Entscheidungen wird man sicherlich dem einen oder anderen Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nicht gerecht werden können. Aber wer maßt sich schon an, alles richtig zu machen.

Dem Kämmerer und seinen Mitarbeitern gebührt ein großes Dankschön für die geleistete Arbeit im zurückliegenden Jahr und besonders Sie , Herr Müller, haben

unsere Hochachtung, wie Sie in einem Dreivierteljahr alle Klippen gemeistert haben und einen sehr guten Job machen.

Wir glauben, Sie sind der richtige Mann am richtigen Platz.

Die SPD –Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2011 zu und ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.